

Schon wieder Streik...

...in den Kitas, nachdem Eltern und Kinder erst letztes Jahr einen langen Arbeitskampf erdulden mussten?

Letztes Jahr haben nur Erzieherinnen und Erzieher und andere Beschäftigte im Sozial- und

Erziehungsdienst gestreikt. Dabei ging es darum, eine Aufwertung unserer Berufe zu erreichen,

die – gemessen an der hohen Verantwortung und Belastung – zu niedrig bezahlt sind. Dabei haben wir für einige Tätigkeiten eine höhere Bezahlung erreichen können, aber längst nicht für alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Die im letzten Jahr erzielte Vereinbarung gilt für die nächsten fünf Jahre.

Dieses Jahr geht es um die reguläre, meist alle zwei Jahre neu auszuhandelnde Lohnerhöhung für den gesamten öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen. Die Gewerkschaften fordern sechs Prozent mehr und eine Begrenzung von Befristungen, die im öffentlichen Dienst verbreiteter sind als in der Privatwirtschaft. Außerdem wollen die kommunalen Arbeitgeber den Beschäftigten die Betriebsrente kürzen. Das können wir in Zeiten eines sinkenden gesetzlichen Rentenniveaus nicht hinnehmen.

Die GEW fordert bundesweit:

- Entgelterhöhung um sechs Prozent!

- 100 Euro mehr für Azubis und Praktikant_innen!
- Ausschluss sachgrundloser Befristungen!

Deshalb sind alle Beschäftigten der Kommunen – in vielen Ämtern und Einrichtungen – aufgerufen, tageweise an Aktionen oder meist eintägigen

Foto: hlz



Wieder Streik? – Wir sind schneller, als ihr denkt

Warnstreiks teilzunehmen. Leider gelingt es im öffentlichen Dienst niemals, eine Tarifrunde ohne Warnstreiks abzuschließen, die leider immer die Bürger_innen in Mitleidenschaft ziehen. Auch dieses Jahr begannen die Verhandlungen mit dem üblichen Jammern der Arbeitgebervertreter über leere Kassen und drohende Gebührenerhöhungen – trotz Rekord-Steuereinnahmen und Haushaltsüberschüssen. Davon können wir Beschäftigten uns nicht beeindrucken lassen. Wir sind zuversichtlich, dass die kommunalen Arbeitgeber, wie in

früheren Lohnrunden auch, nach einigen Warnstreiks einlenken und sich einer angemessenen Lohnerhöhung für die Beschäftigten der Kommunen nicht mehr verweigern.

Die GEW-Hamburg hat sich dem Kundgebungsaufruf der Hamburger Ver.dianer_innen angeschlossen und am 7. April gezeigt, dass selbstverständlich auch die Kita-Beschäftigten diese Lohnerhöhung erkämpfen wollen. Denn nur mit den „normalen“ Tarifsteigerungen behält die im letzten Jahr in Teilen erreichte Strukturverbesserung des

Sozial- und Erziehungsbereichs ihren gerade erst erstrittenen Wert.

Die dritte Verhandlungsrunde findet am 28. und 29. April in Potsdam statt. Wahrscheinlich werden wir uns auch in Hamburg nicht nur mit der Auftaktkundgebung begnügen können und voraussichtlich mit den Kolleginnen und Kollegen aus der öffentlichen Verwaltung, mit den Müllwerkern und Theaterleuten auf der Straße präsent sein müssen.

JENS KASTNER,
Sprecher der FG Kinder- und
Jugendhilfe

VOLKSHOCHSCHULE

Endlich

Volkshochschule Hamburg gewährt „arbeitnehmerähnlichen“ Kursleiter_innen Urlaubsentgelt

Nach Schätzungen der GEW sind mindestens 100 freiberufliche Kursleiter_innen bei der Hamburger Volkshochschule sogenannte „arbeitnehmerähnliche Personen“, die u. a. das Recht auf bezahlten Urlaub haben. Die meisten der betroffenen Kursleiter_innen arbeiten in dem Bereich DaZ (Deutsch als Zweitsprache) bei der VHS, in dem es vor allem um Sprach- und Integrationskurse für Zugewanderte und Flüchtlinge geht.

In den letzten Tagen haben die ersten Kursleiter_innen bescheinigt bekommen, dass sie für 2015 von der VHS 7,7% ihrer Bruttojahreseinnahmen als zusätzliches Urlaubsentgelt erhalten.

Eine größere Anzahl an Kursleiter_innen hatte nach längeren Auseinandersetzungen im Juni 2015 bezahlten Urlaub bei der VHS beantragt, unterstützt von der GEW.

„Wir begrüßen, dass die VHS ihrer Verantwortung gerecht wird und sich erstmals unserer rechtlichen Einschätzung anschließt, dass es sich bei den Betroffenen um ‚arbeitnehmerähnliche Personen‘ handelt, die unter besonderem Schutz stehen“, so Dirk Mescher, Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW Hamburg). „Die VHS Verantwortlichen

haben sich in dieser Auseinandersetzung fair und gesprächsbereit verhalten.

Es steht aber fest: Ohne das einjährige Engagement und die Beharrlichkeit der betroffenen Kursleiter_innen wären diese immer noch nicht zu ihrem Recht gekommen. Einsatz für die eigenen Arbeitsbedingungen lohnt sich! Den Senat fordern wir dringend auf, die VHS so auszustatten, dass sie ihren Lehrkräften bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung bieten kann und bei der Bundesregierung dafür zu kämpfen, dass die zentral finanzierten Integrationskurse besser ausgestattet werden“, so Dirk Mescher.

„Die GEW fordert, für die gesellschaftlich wichtigen und qualifizierten Lehrtätigkeiten in den Sprach- und Integrationskursen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Nach Abzug der Sozialabgaben bleibt vielen der akademisch qualifizierten Lehrkräfte von den Honoraren nach der derzeit geltenden Regelung ein Einkommen, das knapp über dem Hartz-IV-Niveau liegt.“

GEW-PRESSEERKLÄRUNG
(Auszüge) v. 7.4.2016

